

Die Menschen leben länger – Glücksfall oder Bedrohung für ländliche Regionen?

Ohne Wertedebatte keine zukunftsfähigen Lösungen

Das demografische Altern ist genau wie die Schrumpfung der Bevölkerung Realität. Infolgedessen ist das Gleichgewicht zwischen gesellschaftlicher Fürsorge und individueller Verantwortung vielerorts aus den Fugen geraten. Besonders betroffen vom demografischen Wandel sind ländliche Kommunen. Demografischer Wandel, Abwanderung und klamme Haushaltskassen verlangen den Landbewohnern viel ab und verringern die Lebensqualität. Aber der Handlungsspielraum der Kommunen, auf die Bedürfnisse der alternden Gesellschaft zu reagieren und gleichzeitig jungen Menschen Bleibeperspektiven zu geben, ist begrenzt. Die Fakten und Prognosen ernst zu nehmen, ist deshalb eine Frage der Generationengerechtigkeit aber auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Es gibt nur einen gangbaren Weg, um Handlungsfreiräume und neue unkonventionelle Lösungen auf den Weg zu bringen: Die Realitäten akzeptieren und den Wandel gestalten.

Der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlv) fordert deshalb eine ehrliche und sachliche Debatte über die Herausforderungen des demografischen Wandels. Es geht dabei um Lösungen, die die Menschen mit einbeziehen und realistische Perspektiven geben. Eingeschlossen ist eine Wertediskussion über die künftigen Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen. In diesem Sinne möchte der dlv mit den nachfolgenden Thesen die Diskussion auf den Weg bringen und lebenswirkliche Antworten von Politik und Verwaltung einfordern.

- 1. Den Menschen nichts vormachen: Wie realistisch sind gleichwertige Lebensbedingungen?**

Angesichts von Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung ergibt sich die Frage, ob der verfassungsmäßige Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse mit überall gleich geltenden Standards noch realistisch und zeitgemäß ist. Berechtigte Zweifel ergeben sich direkt aus den Erfahrungen des Lebensalltags von LandFrauen. Viele Leistungen werden reduziert oder ersatzlos gestrichen. Was nur „unbequem“ ist, kann noch hingenommen werden, wie z.B. ausgedünnte Fahrpläne, Defizite bei der Hausarztversorgung sind dagegen unakzeptabel. Die Menschen sind verunsichert und frustriert, weil es faktisch gleichwertige Lebensverhältnisse nicht mehr gibt. Die Politik darf die Folgen der Bevölkerungsalterung nicht verharmlosen, Durchhalteparolen sind fehl am Platz. Notwendig sind Pragmatismus und vorausschauendes Handeln. Eine ehrliche Diskussion ist unverzichtbar.
- 2. Generationsübergreifende Lösungen als Chancen**

Der Zusammenhalt zwischen den Generationen steht in der Tradition der dörflichen Gemeinschaft. Um den demografischen Wandel zu gestalten und auch die Chancen des Alters zu nutzen, muss dieses Miteinander erhalten bleiben. Jung und Alt dürfen mit ihren unterschiedlichen Lebensansprüchen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Als Ort

des Zusammenlebens gelten auch Vereine und Orte des bürgerschaftlichen Engagements. LandFrauen sind bestens über die Lebenssituation der Generationen informiert, denn in ihrem Alltag sind sie mit den Problemen direkt konfrontiert. Das reicht von der Kinderbetreuung bis zum Dasein für pflegebedürftige Angehörige und Nachbarn. Dieses oft aus Selbsthilfe entstandene Engagement muss unterstützt werden.

3. Strukturen und Abläufe den Realitäten vor Ort anpassen

Das Leben in ländlichen Regionen in vorgeschriebene Strukturen und Abläufe zu bannen, wird immer schwieriger und teurer. Ehrenamtliches Engagement kann hier helfen, aber nicht alle Lücken schließen. Auch die Option, manche Entwicklungen sich selbst zu überlassen kann fallweise vernünftig sein. Kommunen und Regionen müssen in einem Selbstfindungsprozess passende Strategien entwickeln. Wenn nötig, müssen hemmende Vorschriften geöffnet und modifiziert werden. Die Sicherstellung von Diensten muss gegenüber dem Denken und Handeln in Strukturen Priorität erhalten.

4. Anpassung und Rückbau der Infrastruktur unerlässlich

Mit sinkenden Bevölkerungszahlen fallen nicht zwangsläufig die Kosten für Inanspruchnahme und Erhalt der Infrastruktur. Das führt zu einer überproportionalen Belastung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit Abgaben und Gebühren. Gleichzeitig ändern sich die Anforderungen an Qualität und Umfang der Angebote. Eine älter werdende Bevölkerung hat anderen Bedarf als Eltern mit Kindern oder Jugendliche. Rückbau und Anpassung verlangen ein sensibles Vorgehen und sind nur mit den Betroffenen zu machen. Ein Weg sind dezentrale Lösungen, die zugleich wirtschaftlich und bedarfsgerecht sind.

5. Regionale Lösungen und Kooperationen zulassen und fördern

Die Kommunen stehen im Wettbewerb, der sich mancherorts ruinös gestaltet. Vieles hängt von den Einwohnerzahlen und der Alterszusammensetzung ab. Die Wirtschaftskraft des ansässigen Gewerbes und der Landwirtschaft bestimmt über die Bleibeperspektiven junger Menschen. Im Ergebnis können prosperierende Vorzeigekommunen an Tristesse und Niedergang in Nachbarorten angrenzen. Denn im Detail wirkt der demografische Wandel auf die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen der kommunalen Haushalte von Dorf zu Dorf verschieden. In Kommunen können so leicht demografiebegründete Ungleichgewichte entstehen, die nichts mit der Leistungsfähigkeit zu tun haben. Als ein Lösungsweg bieten sich Kooperationen der Kommunen an. Allerdings gibt es dafür in dem auf Wettbewerb orientierten komplizierten System des Finanzausgleichs wenige Anreize. Hier ist die Politik dringend gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen und Anschläge zu geben.

6. Strategien und Strukturen für eine nachhaltige Demografiepolitik schaffen

Den demografischen Wandel anzunehmen und zu gestalten ist eine hochbrisante Querschnittsaufgabe für alle politischen Handlungsträger und gesellschaftlichen Akteure. Ohne strategische Ausrichtung der Aufgaben von der Bundesebene bis zu den Kommunen und ohne grundlegende Neuordnung der Zuständigkeiten ist eine nachhaltige Demografiepolitik unmöglich. Handlungsmaßstab dabei ist die Generationengerechtigkeit. Sie zu bewahren, heißt auch neue Wege für das Miteinander und für den Ausgleich der Belastungen zwischen den Generationen zu finden. Davon hängt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ab.

Vom Präsidium des dlv am 10. Mai 2010 beschlossen.